



# #GGG

**GemeinsamGestalten** Das Magazin für Winter  
die Mitarbeitenden der öffentlichen Banken 2024/25

„WIR DÜRFEN NICHT  
AN TEMPO VERLIEREN“

**Die Chefin der Deutschen Energie-Agentur,  
Corinna Enders, über die Energiewende**

**Fakten zur Energiewende**  
Was ist bereits geschafft?

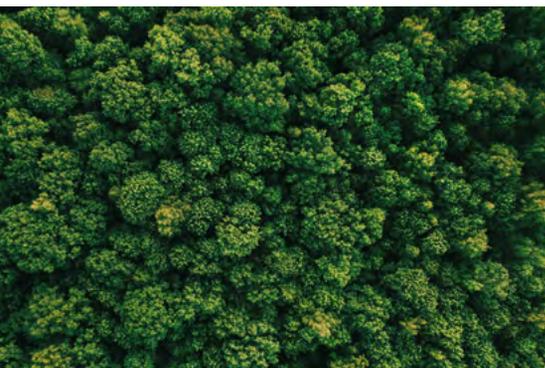
**6**

„Wir dürfen nicht an Tempo verlieren“  
Dena-Chefin Corinna Enders über die Energiewende in Deutschland

**8**

**Der Wiederaufbau der Energieinfrastruktur ist in vollem Gang“**  
Interview mit Christiane Laibach, Vorständin für internationale Finanzierungen bei der KfW

**12**



**Die neue EU-Kommission**  
legt einen Fokus auf bezahlbaren und energieeffizienten Wohnraum

**14**

**Energiewende mit grünem Wasserstoff**  
Gastbeitrag von Prof. Dr. Veronika Grimm

**16**

**Einigung bei den Tarifverhandlungen**  
Gehälter in öffentlichen Banken steigen um insgesamt 11,5 Prozent

**24**



**Liebe Leserinnen und Leser,**

die Energiewende ist in vollem Gange: Im ersten Halbjahr 2024 stammten bereits 57 Prozent des deutschen Stromverbrauchs aus erneuerbaren Quellen. Die öffentlichen Banken begleiten diese Transformation. Sie fördern und finanzieren die Energiewende auf vielfältige Weise. Einige Beispiele stellen wir in dieser Ausgabe von #GemeinsamGestalten vor.

Zunächst beschäftigen wir uns aber mit den großen Fragen der Energiewende: Schaffen wir die Klimaziele? Wie läuft der Netzausbau? Geht es wirklich ohne Atomkraft? Hierüber haben wir mit Corinna Enders, Chefin der Deutschen Energie-Agentur, gesprochen. Enders blickt positiv auf die Entwicklung der letzten Jahre. In vielen Bereichen, etwa bei der Stromerzeugung, sind wir nach ihrer Einschätzung bereits weiter als geplant. In anderen Bereichen, vor allem im Verkehrs- und Wärmesektor, haben wir dagegen noch viel vor uns. Enders strahlt im persönlichen Gespräch auf dem EUREF-Campus in Berlin-Schöneberg einen Optimismus aus, der uns im aktuellen Umfeld oft verlorenzugehen scheint.

In weiteren Beiträgen stellt Veronika Grimm, Mitglied des Sachverständigenrats Wirtschaft, ihr Konzept für einen Umstieg auf grünen Wasserstoff vor und KfW-Vorständin Christiane Laibach berichtet, wie ihr Haus die Ukraine beim Wiederaufbau ihrer Energieinfrastruktur unterstützt.

Das Heft schließt mit einem Rückblick auf die Tarifverhandlungen für die öffentlichen Banken, die uns dieses Jahr stark beschäftigt haben. In der dritten Verhandlungsrunde konnte im Oktober ein Abschluss erzielt werden, mit einem Gehaltsplus von insgesamt 11,5 Prozent. Ein Ergebnis, mit dem sich beide Seiten, Arbeitgeber wie Gewerkschaften, zufrieden zeigen.

Viel Spaß beim Lesen!

Ihr

Dr. Thomas Klodt  
Leiter Presse und Kommunikation beim VÖB

# 2 AUF 1 BANK

**Ulrich Scheppan,**  
Vorstandsvorsitzender der Investitionsbank  
des Landes Brandenburg, ILB,

auf der Bank mit

**Sandra Malter-Sander,**  
Stv. Leiterin Presse und Kommunikation  
beim VÖB

Die Energiewende ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit und erfordert erhebliche Investitionen und strukturelle Anpassungen. Wie fördert die ILB diesen Wandel?

„Die ILB unterstützt die Energiewende in Brandenburg durch gezielte Förderprogramme und Finanzierungsangebote für Unternehmen, Kommunen und private Haushalte. Allein in diesem Jahr starten drei neue Förderprogramme in unserem Institut. Ein Beispiel ist das Zuschuss-Programm „Energieeffizienz Brandenburg“, das bereits ab einer Einsparung von Primärenergie in Höhe von 15 Prozent zu einer Förderzusage führen kann.“



**Die ILB unterstützt in Brandenburg in sehr vielen Projekten. Was war bisher das wichtigste Transformationsprojekt für das Land Brandenburg und die ILB?**

„Das ist der Just Transition Fund, welcher seit 2023 mit beeindruckendem Erfolg läuft. Die ILB hat bisher 617 Anträge mit einem beantragten Zuschussvolumen von insgesamt 187 Millionen Euro erhalten. Diese werden überwiegend kleinen und mittleren Unternehmen zugutekommen. So unterstützen wir aktiv private Investitionen, beschleunigen die Transformation der Region und treiben so den Strukturwandel voran. In unserem Lausitz-Büro in Cottbus sind wir aber auch mit unserem gesamten Förderportfolio am Start, um direkt vor Ort als Förderbank ansprechbar zu sein.“

**Sie sind erst seit diesem Frühjahr Vorstandsvorsitzender der ILB. Wie war Ihr Einstieg und was gefällt Ihnen an Ihrer Arbeit in der Förderbank?**

„Der Einstieg bei der ILB war für mich eine spannende Herausforderung. Nach verschiedenen Führungsrollen in klassischen Banken hat es mich besonders gereizt, bei der ILB aktiv den Strukturwandel und wirtschaftliche Impulse für Brandenburg mitzugestalten. Die Rückkehr nach Brandenburg gibt mir auch die Chance, die aktuell laufenden Transformationsprozesse hier in meiner Heimat zu unterstützen.“

# FAKTEN ZUR ENERGIEWENDE

## NETZAUSBAU GEWINNT AN FAHRT

Im Jahr 2023 wurden in Deutschland knapp **1.400 Kilometer** an neuen Stromtrassen genehmigt, 2021 waren es noch rund 320 Trassenkilometer.

## CO<sub>2</sub>-AUSSTOSS SINKT

Die in CO<sub>2</sub>-Äquivalente umgerechneten Treibhausgasemissionen sanken von 1990 bis 2023 um rund **577 Mio. Tonnen** oder 46,1 Prozent.

## MEHR STROM AUS WIND

Im ersten Halbjahr 2024 wurden **289 Windanlagen** an Land mit einer Leistung von 1,3 GW installiert.

## MEHR SOLARKRAFT

Im Jahr 2023 wurden über **eine Million** neue Solaranlagen installiert, mehr als jemals zuvor.

## KLIMAZIEL

Deutschland strebt an, bis zum Jahr **2045** klimaneutral zu sein.

## STROM WIRD GRÜN

Im ersten Halbjahr 2024 stammten fast **57 %** des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien.



Corinna Enders in der EUREF-Energiewerkstatt, die das gesamte Stadtquartier mit CO<sub>2</sub>-neutraler Wärme und Kälte versorgt.

# „WIR DÜRFEN NICHT AN TEMPO VERLIEREN“

Corinna Enders, Vorsitzende der Geschäftsführung der Deutschen Energie-Agentur, blickt positiv auf die Energiewende in Deutschland. Im Interview mit #GG betont sie die erzielten Erfolge, fordert aber auch, das Ambitionsniveau zu halten.

## **Frau Enders, Deutschland will bis 2045 klimaneutral sein. Mal ehrlich: Ist das überhaupt zu schaffen?**

Ja, es ist zu schaffen. Richtig ist aber auch, dass wir noch vor riesigen Herausforderungen stehen. Wir sollten allerdings auch endlich einmal die positiven Entwicklungen sehen und kommunizieren: Es gibt Bereiche, in denen wir schneller vorankommen, als wir dachten. Zum Beispiel beim Ausbau der erneuerbaren Energien oder beim Stromnetzausbau. Und es gibt andere Themen, die etwas hinterherhinken. Um die müssen wir uns fokussierter kümmern. Die Diskussion, ob wir unsere Klimaziele anpassen müssen, halte ich nicht für hilfreich. Es ist völlig klar, dass wir sie benötigen. Und zwar, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken, um wettbewerbsfähig zu bleiben und um uns unabhängig im Sinne der Versorgungssicherheit zu machen. Deswegen dürfen wir nicht aufhören, unser Ambitionsniveau zu halten. Und wir dürfen nicht an Tempo verlieren.

## **Um wettbewerbsfähig zu bleiben? Schadet zu viel Klimaschutz nicht eher unserer Industrie?**

Ich sehe eher die Gefahr, dass wir Entwicklungen verschlafen und Zukunftschancen verpassen. Schauen Sie nach China. Es heißt immer, China verbraucht noch so viel Kohle, aber die Wahrheit ist: Die setzen unglaublich auf grüne Technologien, investieren in grünen Stahl. China geht da seit einiger Zeit schon sehr strategisch vor, und die Erfolge zeigen sich ja zum Beispiel bei der E-Mobilität, wo chinesische Autos zum Exportschlager werden. Auch das ist ein Grund, warum wir es uns nicht leisten können, bei der Energiewende langsamer zu werden.

## **In welchen Bereichen sind wir denn schneller als erwartet?**

Allen voran bei der Stromerzeugung. Die Umstellung auf die Erneuerbaren läuft sehr gut. Wir sind jetzt bei fast 60 Prozent Stromerzeugung durch erneuerbare Energien und können 2030 durchaus einen Anteil von 80 Prozent erreichen. Das ist ein echter Erfolg.

■ Die Umstellung auf erneuerbare Energien ist ein echter Erfolg. ■

## **Und wo hinken wir hinterher?**

Die Bereiche, um die wir uns verstärkt kümmern müssen, sind der Verkehrssektor und ganz klar der Gebäudesektor. Die Energiewende umfasst nicht nur den Umbau unserer Stromerzeugung, es geht auch um klimaneutrale Lösungen für den Verkehr und die Wärmeversorgung. Und das sind jeweils riesige Aufgaben.

## **Bei der Umstellung der Energieversorgung auf „grünen“ Strom müssen auch die Stromnetze massiv ausgebaut werden. Wie läuft es da?**

Beim Stromnetzausbau sind wir nach den Beschleunigungsgesetzen der bisherigen Koalition auf einem guten Weg, zumindest was die Genehmigungen angeht. Aber: Das ist nach wie vor einer der großen Transformationsbereiche, wo wir noch viel Arbeit vor uns haben. Wir brauchen den Ausbau, um den Strom aus Erneuerbaren aus den Regionen im Norden in den Süden zu transportieren. Außerdem müssen wir weg von einem System mit großen Kraftwerken, die perma-



**Corinna Enders ist seit Oktober 2023 Vorsitzende der Geschäftsführung der Deutschen Energie-Agentur (dena). Die 47-jährige Juristin war zuvor Leiterin der ZUG, einer Bundesgesellschaft für Umwelt- und Klimathemen. Seit 2008 war sie für verschiedene Bundesministerien tätig.**

nennt laufen, hin zu einem dezentralen System mit 100 Prozent Erneuerbaren, die zu bestimmten Zeiten produzieren. Dafür müssen die Stromnetze ausgebaut und anders aufgestellt werden, verbunden mit mehr Flexibilitäten. Aber, wie gesagt, da gibt es positive Entwicklungen: Die Genehmigungen für den Ausbau der großen Stromtrassen zum Trans-

port über weite Strecken haben sich 2023 im Vergleich zu 2021 verdoppelt. Das ist ein Riesenfortschritt.

#### **Wie sieht es bei den Verteilnetzen aus?**

Auch da ist noch viel zu tun, weil wir eben immer mehr kleinere Kraftwerke haben, zum Beispiel die vielen Photovoltaik-Anlagen. Wenn wir den Gebäudesektor elektrifizieren, etwa mit Wärmepumpen, brauchen wir auch viel kleinteiligere Anschlüsse. Das Gleiche gilt für Elektroautos. Die sind ein wichtiges Flexibilisierungselement, weil sie Strom auch zu bestimmten Zeiten aufnehmen und abgeben können. Wir müssen insgesamt umstellen auf ein eher dezentrales System. Aber auch da ist in den letzten Jahren schon einiges in die Wege geleitet worden.

#### **Wichtig sind in dem Zusammenhang auch Stromspeicher. Wie ist der Stand der Dinge da?**

Speicherung von Strom ist tatsächlich etwas, wo noch viel passieren muss. Wir benötigen Batteriespeicher, aber auch Elektrolyseure, mit denen Wasser mittels erneuerbar erzeugtem Strom in grünen Wasserstoff gewandelt wird. Bei den Elektrolyseuren sieht die nationale Wasserstoffstrategie sehr ambitionierte Ausbauziele vor. Da sind wir derzeit noch nicht so weit, wie wir sein wollten. Neben den Speichern, die wir unbedingt brauchen, sind auch mehr Flexibilitäten wichtig. Da setzen wir auch auf eine verstärkte Digitalisierung, um sinnvoller zu steuern, zum Beispiel, wann die Wärmepumpe angeht oder das

Auto geladen wird. Und wir benötigen Backup-Kraftwerke, die bei Bedarf einspringen, weil eben nicht immer die Sonne scheint oder der Wind weht. Da geht es um Gaskraftwerke, die perspektivisch auf grünen Wasserstoff umgestellt werden können.

**Die dena hat rund 650 Mitarbeitende und berät die Bundesregierung bei Fragen zur Transformation und zur Energiewende. Neben ihrem Hauptsitz in Berlin hat sie auch einen Standort in Halle (Saale).**

#### **Stichwort Umstieg auf die Wasserstoffwirtschaft: Was muss dafür noch getan werden?**

Da sind viele unterschiedliche Stränge zu beleuchten. Vor kurzem wurde das Wasserstoffkernnetz genehmigt. Das ist ein zentraler Punkt, weil dort Versorgungslinien und Knotenpunkte festgelegt werden. Wichtig sind auch staatliche Förderungen, um die Umstellung auf Wasserstoff in konkreten Anwendungen voranzutreiben. In der Stahlindustrie wurde mit Förderprogrammen schon viel erreicht.

Und dann geht es um die Frage, wo der Wasserstoff eigentlich herkommt. Es ist vollkommen klar, dass der nicht nur aus Deutschland kommen kann. Wir werden dauerhaft bis zu 70 Prozent importieren müssen, weil andere Länder, vor allem im Süden, einfach viel bessere Bedingungen haben: freie Flächen, viel Wind, viel Sonne. Die beste Lösung ist dabei der leitungsgebundene Direktimport von Wasserstoff, weil durch jede Umwandlung Energie verlorengeht. Aber wir werden auch Derivate nutzen müssen, die von Schiffen transportiert werden. Dabei wird der Wasserstoff nochmal umgewandelt in Ammoniak oder Methanol, was aber mit Verlusten einhergeht.

#### **Andere Länder setzen auf klimaneutrale Atomkraft. Was halten Sie davon?**

Das ist eine Diskussion, die wir in Deutschland nicht noch mal aufmachen sollten. Dass andere Länder sich anders entscheiden, ist ihr gutes Recht. Für mich ist ausschlaggebend, dass die Endlagerfrage immer noch nicht geklärt ist. Zudem ist Atomkraft nach wie vor eine Hochrisikotechnologie. Es ist fraglich,



ob man die Betriebsrisiken jemals in den Griff kriegen kann. Und sie ist einfach wahnsinnig teuer. Das zeigen alle Neubaulprojekte in Europa oder andernorts. Im Übrigen haben sich die Betreiber in Deutschland ja auch von der Technologie verabschiedet.

### **Müssen wir im Zuge der Energiewende denn mit steigenden Strompreisen rechnen?**

Rein von der Erzeugung her ist es sinnvoll, auf die Erneuerbaren zu setzen. Sie sind wesentlich günstiger als neue Großkraftwerke auf fossiler Basis oder Kernkraftwerke. Der Strompreis setzt sich allerdings nicht nur aus den reinen Erzeugungskosten zusammen, sondern auch aus Steuern, Abgaben, Umlagen und Netzentgelten. Bei Letzteren wird es zeitnah darum gehen, eine Reduzierung hinzubekommen, die sowohl die Wirtschaft wie alle anderen Verbraucher entlastet.

### **Kommen wir zur Wärmewende. Es gab in Deutschland eine hitzige politische Debatte über das Heizungsgesetz, ...**

... die vor allem gezeigt hat, dass wir mehr und besser erklären müssen. Bei der Wärmewende ist noch viel zu tun. Wir heizen noch zu 80 Prozent fossil. Wir müssen die Wärme dekarbonisieren, entweder durch den Ausbau von Fernwärme und große Wärmepumpen oder eben in den einzelnen Haushalten, wenn kein Fernwärmeanschluss da ist. Deswegen ist die kommunale Wärmeplanung auch so ein wichtiges Thema. Die skandinavischen Länder haben schon vor zwei, drei Jahrzehnten auf ein Fernwärmesystem gesetzt und dies dann auch dekarbonisiert. Und wir müssen noch mehr auf Sanierung setzen. Ohne Effizienzmaßnahmen und damit eine Senkung des Energiebedarfs im Gebäudebestand werden wir die Energiewende nicht schaffen.

### **Sie machen sich für ein Klimageld stark. Warum?**

Das Klimageld würde helfen, die gesellschaftliche Akzeptanz für die Energiewende zu erhöhen. Die Idee ist, die Einnahmen aus den steigenden CO<sub>2</sub>-Preisen, die eine Lenkungswirkung hin zu den Erneuerbaren haben, den Bürgern zurückzugeben. Über die konkrete Ausgestaltung lässt sich diskutieren. Aber eine staatliche Zahlung, die direkt aufs Konto geht, um die Transformation greifbar zu machen und für einen Ausgleich zu sorgen, das halte ich schon für sehr sinnvoll. ■

DIE KFW UNTERSTÜTZT DIE UKRAINE DABEI,  
DEN DRITTEN KRIEGSWINTER ZU ÜBERSTEHEN:

# „DER WIEDERAUFBAU DER ENERGIEINFRASTRUKTUR IST IN VOLLEM GANG“

Interview mit Christiane Laibach, Vorständin für internationale Finanzierungen bei der KfW

**Schon mehr als zwei Jahre wehrt sich die Ukraine entschlossen gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands. Die KfW unterstützt das Land in vielen Bereichen, damit das Leben weitergehen und die Wirtschaft laufen kann.**

**Seit der „Ukraine Recovery Conference“ im Mai dieses Jahres ist das Thema des Wiederaufbaus der Ukraine stärker in den Fokus gerückt, obwohl die Kampfhandlungen noch weitergehen. Wie ist es möglich, bereits jetzt am Wiederaufbau zu arbeiten?**

Durch die Zusammenarbeit seit den neunziger Jahren hat die KfW viel Expertise. Es geht darum, die staatlichen Funktionen der Ukraine so weit wie möglich aufrechtzuerhalten und die Lebensbedingungen der Menschen einigermaßen erträglich zu machen. Die KfW unterstützt das Land im Auftrag der Bundesregierung und der EU mit laufenden Projekten mit einem Gesamtvolumen von rund 1,3 Milliarden Euro. Die Maßnahmen zielen darauf ab, Kriegsschäden zu beseitigen, die marode Infrastruktur zu modernisieren und Auswirkungen des Krieges auf die Bevölkerung abzufedern. Zentral ist die Wiederinstandsetzung der Energieinfrastruktur.

**Warum steht die Energieinfrastruktur im Mittelpunkt der Unterstützung?**

Russland hat in den vergangenen zweieinhalb Jahren immer wieder gezielt das Energiesystem der Ukraine angegriffen. Stromleitungen, Umspannstationen und Kraftwerke wurden und werden vor allem von nächtlichen Drohnenangriffen getroffen und beschädigt, sodass hier permanente Reparaturarbeiten notwendig sind. 80 Prozent der Kraftwerke sind zerstört und für den dritten Kriegswinter 2024/25 sind Stromabschaltungen zu erwarten. Die Stromversorgung ist für das Wirtschaftsleben und den Alltag der Menschen unabdingbar. Elektrizität wird überall benötigt, in der Landwirtschaft, in Betrieben, aber auch in Schulen, Krankenhäusern und privaten Haushalten. Sie ist zudem eine wichtige Voraussetzung für die Wärmeversorgung des Landes. Deshalb unterstützt die KfW im Energiesektor bereits im großen Maße mit Projekten in Höhe von 637 Millionen Euro.



Christiane Laibach ist eine international anerkannte Expertin in öffentlicher und privater Entwicklungsfinanzierung sowie Export- und Projektfinanzierung.

Sie ist seit Juni 2021 im Vorstand der KfW verantwortlich für internationale Finanzierungen.

### Wie funktioniert das konkret?

Die KfW arbeitet im Energiesektor eng mit dem ukrainischen staatlichen Energieunternehmen Ukrenergo und dem „Ukraine Energy Support Fund“ zusammen. Neben den Reparaturarbeiten erhöht die Ukraine auch die Resilienz ihres Stromnetzes gegenüber russischen Drohnenangriffen, etwa durch physische Schutzvorrichtungen wie Betongehäuse. Gleichzeitig wird es modernisiert, energieeffizienter und klimafreundlicher gestaltet. Der Anteil der erneuerbaren Energien wächst jedes Jahr; allein 2023 um 600 MW. Beispielsweise unterstützt die KfW-Tochter DEG die deutsche Firma Goldbeck bei der Errichtung von Solarparks in der Ukraine. In zehn Jahren möchte die Ukraine fast CO<sub>2</sub>-neutral sein und am besten auch grüne Energie in die EU liefern. Im Auftrag der Bundesregierung und der EU hat die KfW dem nationalen Stromnetzbetreiber Ukrenergo seit Kriegsbeginn Mittel in Höhe von rund 324 Millionen Euro zugesagt.

### Welche Unterstützungsmaßnahmen führt die KfW außerdem durch?

Ein anschauliches Beispiel des Wiederaufbaus ist die Minenräumung auf landwirtschaftlich nutzbaren Flächen, die Russland vermint hat. Im Zuge eines Projekts der DEG konnten bereits über 50 Quadratkilometer Land überprüft und entmint werden.

Neben Programmen zur Schaffung von Wohnraum oder sozialer Infrastruktur und Dienstleistungen für Binnenvertriebene und Aufnahmegemeinden – inklusive für Kinder und Jugendliche, die besonders stark unter dem Krieg leiden – unterstützt die KfW beispielsweise ein staatliches Wirtschaftsprogramm durch den langjährigen Partner Business Development Fund (BDF), der Kredite an Unternehmen refinanziert und vergünstigt. Somit können zum Beispiel landwirtschaftliche Betriebe, Bäckereien, Lebensmittelgeschäfte oder Logistikunternehmen ihren Betrieb aufrechterhalten. In den vergangenen zweieinhalb Jahren hat das Programm mehr als 8.200 Kredite an Unternehmen und Start-ups verbilligt.

Von besonderer Bedeutung sind darüber hinaus Finanzinstrumente speziell für Unternehmen, die vor Ort aktiver werden wollen. Ziel ist es, die Investitionsbereitschaft und -tätigkeit zu stärken. Auch dies ist ein unerlässlicher Baustein für den Wiederaufbau des Landes.

### Wird die Umsetzung der Unterstützung für die KfW nicht immer schwieriger?

Wir sind eine enge Partnerin der Ukraine und werden verlässlich an ihrer Seite stehen: in der aktuellen Kriegssituation ebenso wie für den Wiederaufbau und den Prozess der Annäherung an die EU. Und dies im Schulterschluss mit der internationalen Staatengemeinschaft und der Privatwirtschaft. ■

# NEUE EU-KOMMISSION LEGT FOKUS AUF BEZAHLBAREN UND ENERGIEEFFIZIENTEN WOHNRAUM

Von Eckhart Forst, VÖB-Präsident,  
Vorstandsvorsitzender der NRW.BANK

**Knapper Wohnraum, hohe Immobilienpreise und steigende Mieten sind in immer mehr Regionen Europas eine ernste Herausforderung, vor allem in den urbanen Ballungsräumen. Die wiedergewählte Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, hat hierauf in ihren politischen Leitlinien reagiert, indem sie „Affordable Housing“ als ein zentrales Thema der neuen EU-Kommission erklärt. Erstmals wird ein eigener Kommissar die Bereiche „Wohnen und Energie“ betreuen. Bezahlbarer Wohnungsbau steht nun stärker als zuvor im Fokus der europäischen Politik.**

Mit neuen Instrumenten und finanziellen Rahmenbedingungen möchte die EU die Mitgliedstaaten darin unterstützen, in Breite erschwinglichen Wohnraum zu schaffen. Aus dem „Mission Letter“ an den neuen Kommissar lassen sich die vorgesehenen Maßnahmen ablesen: die Erarbeitung eines Plans für bezahlbaren Wohnraum, die Schaffung einer paneuropäischen Investitionsplattform in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) sowie die Überarbeitung der Beihilfevorschriften, um Fördermaßnahmen für energieeffizienten und sozialen Wohnraum zu ermöglichen.

## **Neue Instrumente und finanzielle Rahmenbedingungen**

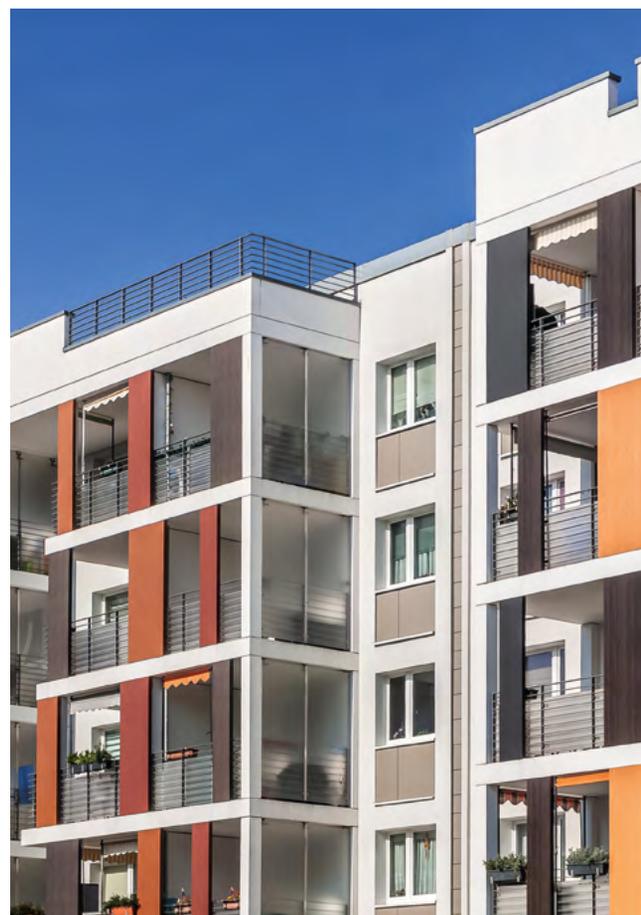
Die öffentlichen Banken sehen sich in einer besonderen Verantwortung, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu finan-



■ Die öffentlichen Banken sehen sich in einer besonderen Verantwortung, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu finanzieren. ■

zieren, und stehen mit ihren Erfahrungen und dem erforderlichen Know-how bereit. Gleichzeitig dürfen die Klimaziele nicht aus den Augen verloren werden. Es geht beim Neubau um eine Balance von Klimafreundlichkeit und zugleich Bezahlbarkeit. Darüber hinaus steckt in dem bestehenden Gebäudebestand ein großes Potenzial an Energieeinsparung, das über Sanierungsmaßnahmen gehoben werden muss. Auch diese müssen bezahlbar sein. Daher ist die Kombination der Themen „Wohnen“ und „Energie“ im neuen Ressortzuschnitt der EU-Kommission nur folgerichtig.

Es muss uns gelingen, sowohl klimafreundlichen als auch bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Mit der richtigen und verlässlichen Anreizsetzung können wir soziale und ökologische Ziele umsetzen und so das Vertrauen der Bevölkerung in die notwendigen Transformationsprozesse gewinnen. ■





# ENERGIEWENDE MIT GRÜNEM WASSERSTOFF

Gastbeitrag von Prof. Dr. Veronika Grimm,  
Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Eine kurze Bestandsaufnahme: Die Elektrifizierung von Mobilität, Wärme und Industrie könnte den deutschen Strombedarf von heute etwa 500 TWh auf 700 TWh im Jahr 2030 erhöhen. Neben der Elektrifizierung gilt es auch, Klimaneutralität in nicht oder schwer elektrifizierbaren Sektoren zu erreichen. Zwischen 600 und 800 TWh klimafreundlicher Wasserstoff dürften benötigt werden, um energieintensive Produkte wie Stahl, Chemikalien oder Zement herzustellen und darüber hinaus etwa Gaskraftwerke oder schwere Fahrzeuge klimaneutral zu betreiben. Würde man diese Mengen grünen Wasserstoffs in Deutschland herstellen, bräuchte man für den Betrieb der Elektrolyseanlagen etwa 920 – 1.200 TWh Strom zusätzlich.

Die heimische Produktion des gesamten Wasserstoffbedarfs ist daher keine realistische Option. Selbst wenn theoretisch das Potenzial eines derart umfangreichen

Ausbaus der erneuerbaren Energien besteht, dürften Akzeptanzprobleme für den Ausbau im Weg stehen. Hohe Strompreise in Deutschland würden die Wasserstoffherzeugung unattraktiv machen und zudem eine Belastung für alle Stromverbraucher darstellen.

## **Klimafreundlicher Wasserstoff muss importiert werden**

Um energieintensiven Unternehmen eine Perspektive in Deutschland zu bieten und die schleichende Verlagerung von Produktion ins Ausland zu bremsen, muss klimafreundlicher Wasserstoff oder müssen auch besser transportierbare Energieträger auf der Basis von klimafreundlichem Wasserstoff – etwa Ammoniak, Methanol oder Naphtha – importiert werden. So könnten die Unternehmen aktuell genutzte fossile Energieträger ersetzen.



Diese Herausforderung ist groß, denn bisher existieren nur etwa 3 GW Elektrolysekapazitäten weltweit. Für eine klimaneutrale Wirtschaft in Deutschland werden aber 230 – 300 GW benötigt. Andererseits: Die Zahl der Projektankündigungen steigt rasant. 2021 waren allein für Deutschland 2.6 GW für das Jahr 2030 angekündigt, 2023 waren es schon 8.7 GW. Weltweit sind es bis zu 520 GW bis 2030.

### **Umstellung auf klimaneutrale Energie birgt Chancen**

Die Umstellung auf klimaneutrale Energie birgt auch die Chance, Energieabhängigkeiten zu reduzieren. Fossile Energieträger werden von wenigen, oft autokratischen Staaten exportiert. Dagegen gibt es viele Länder mit guten Voraussetzungen für den Export grüner Energie – darunter Demokratien wie Chile, Australien oder Namibia. Auch die traditionellen Lieferanten fossiler Energie bringen sich als zukünftige Exporteure grüner Energie in Stellung – etwa die Staaten der arabischen Halbinsel oder Norwegen. Sie können die enormen Anfangsinvestitionen aus den Erlösen von Gas- und Ölexporten finanzieren.

Die Europäer stehen also vor einer Herausforderung und Chance zugleich. Organisiert man nicht zeitnah die Diversifizierung der neuen Lieferbeziehungen, so wird erstens ein größerer Teil der energieintensiven Produktion Stück für Stück an günstigere Standorte verlagert. Zweitens wird man bei den dennoch notwendigen Importen von Wasserstoff abermals von Autokratien abhängig, die sich aufgrund ihrer Finanzkraft aus dem Ölgeschäft schneller ins Spiel bringen können. Wird Deutschland erstmal günstig von ihnen versorgt, so wird man die Wähler nicht mehr überzeugen können, teurere, aber „freundliche“ Staaten ins Boot zu holen. Das ist schon bei der Versorgung mit Erdgas gescheitert.

### **Private Investoren müssen ins Boot geholt werden**

Dieses Szenario zu verhindern, ist teuer, aber das Geld wert. Entscheidend ist es, große Mengen klimafreundlichen Wasserstoffs



**Veronika Grimm ist Professorin an der Technischen Universität Nürnberg und leitet das Energy Systems und Market Design Lab. Seit 2020 ist sie Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Darüber hinaus ist sie im Nationalen Wasserstoffrat der Bundesregierung und in der Expertenkommission zum Energiewende-Monitoring am Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK).**

zeitnah weltweit auszuschreiben. Um private Investoren ins Boot zu holen, müssten langfristige Abnahmeverträge abgeschlossen werden. Die Vergabe sollte wettbewerblich erfolgen – über Auktionen – und man sollte über regionale Quoten eine Diversifizierung der Lieferbeziehungen sicherstellen. Die notwendigen Fördermittel werden minimiert, wenn man auch auf der Abnehmerseite den Wasserstoff wettbewerblich vergibt. Sammelt man dabei ausreichend Informationen über Zahlungsbereitschaften der Abnehmer, werden indexbasiert auch langfristige Bezugsverträge möglich.

Damit der rasche Hochlauf der Wasserstoffimporte gelingt, ist die Förderung der Differenzkosten zwischen dem Beschaffungspreis und den Zahlungsbereitschaften der Abnehmer unumgänglich. 15 bis 30 Milliarden Euro könnten hierfür bis 2030 nötig sein. Der Betrag wird umso geringer ausfallen, je schneller durch die Skalierung die Kosten sinken, je ambitionierter der CO<sub>2</sub>-Preis steigt und die Zahlungsbereitschaften der Abnehmer erhöht und je geringer – durch Wettbewerb auf der Einkaufs- und Vergabeseite – die Mitnahmeeffekte der Fördernehmer ausfallen.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sollten gemeinsam agieren und sich auf effiziente und kostensparende Beschaffungs- und Vergabemechanismen, etwa über eine neu zu schaffende Agentur, einigen. Auszahlen würde sich das, es ist eine Investition in die Zukunft. Der Industriestandort könnte eine klimaneutrale Zukunft haben und die europäische Industrie von der Transformation zur Klimaneutralität profitieren: nicht zuletzt durch immense Ausstattungs- und Serviceverträge für die neuen Wertschöpfungsketten. ■

# KLIMANEUTRALE ERDWÄRME

# FÖRDERBANKEN ERMÖGLICHEN INVESTITIONEN

Von Iris Bethge-Krauß, Hauptgeschäftsführerin und geschäftsführendes Vorstandsmitglied,  
und Dominik Lamminger, Geschäftsführer beim VÖB Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands e.V.

**Der Handlungsdruck ist groß. Deutschland will bis 2045 klimaneutral werden. Bis 2030 soll der heutige Anteil der Erneuerbaren Energien auf etwa das Doppelte anwachsen. Dabei verursachen wir global betrachtet noch immer überdurchschnittliche Pro-Kopf-Emissionen an CO<sub>2</sub>. Gegensteuern können wir nur mit einem Komplettumbau unserer Energiesysteme. Der umfasst die Dekarbonisierung unserer Energieerzeugung, den Ausbau der Netze, schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie eine höhere Energieeffizienz – und das Ganze bei Versorgungssicherheit, hoher Verfügbarkeit und bezahlbaren Energiepreisen.**

Soll die Energiewende in Deutschland gelingen, müssen wir Innovationen fördern, um die entscheidenden Faktoren, nämlich Technologie und Wirtschaftlichkeit, zu stärken. Trotz aller Herausforderungen und Verunsicherungen stehen (laut Energiewende-Barometer der KfW) neun von zehn Haushalten hinter dem Projekt Energiewende. Dieser Rückhalt in der Bevölkerung ist wichtig – und die eigentliche Kraftquelle, Privatpersonen, Kommunen und Unternehmen zu mehr Investitionen in Erneuerbare Energien zu bewegen. Dabei müssen wir den Fokus erweitern auf Energieträger mit großem Hebel.

## **CO<sub>2</sub>-freie Ergänzung zu Wind- und Sonnenenergie**

Denn neben Wind, Sonne, der Nutzung von Ab- und Umweltwärme sowie Biomasse und grünem Wasserstoff gibt es unter der Erdoberfläche eine zuverlässige und quasi unerschöpfliche Energiequelle mit erheblichem Potenzial: Erdwärme. Als Geothermie ist sie überall auf der Welt und jeden Tag im Jahr verfügbar. Grundwasser mit Temperaturen bis zu 25 Grad Celsius in bis zu 400 Metern Tiefe eignet sich mittels Wärmepumpen für das

Beheizen und Kühlen von Gebäuden oder technischen Anlagen. Wassertemperaturen von bis zu 200 Grad Celsius in 1.500 bis zu 5.000 Metern Tiefe können direkt für Nah- und Fernwärmenetze oder für die Stromerzeugung genutzt werden.

Mit Geothermie könnte Deutschland ein Viertel bis ein Drittel seines Wärmebedarfs decken. Damit ist Geothermie als Ergänzung zur Wind- und Sonnenenergie eine CO<sub>2</sub>-freie und grundlastfähige Energiequelle, die wir angesichts ihres großen Potenzials aber kaum nutzen. Zwar gibt es in Deutschland heute 42 Geothermie-Anlagen, zur Wärmeerzeugung tragen sie aber nur zwei bis drei Prozent bei; bei der Stromerzeugung sind es weniger als ein Prozent.

Perspektivisch soll deutlich mehr Erdwärme in kommunale Wärmenetze eingespeist werden. Daher ist es entscheidend, dass die kommunale Wärmeplanung und der Ausbau der Wärmenetze zügig voranschreiten. Den rund 11.000 Städten und Gemeinden in Deutschland, die alle bis 2028 lokale Wärmeplanungen aufstellen, bietet dies bessere Möglichkeiten, mit heimischen Energiequellen bis 2045 klimaneutral zu werden.



© H. Anger's Söhne

Mit modernen Anlagen kann eine Bohrtiefe von mehreren Kilometern erreicht werden.

## Marktreife Technologien erfordern Investitionen

Der Süden Deutschlands hat ein besonders hohes Geothermie-Potenzial. Neben dem Alpenvorland und dem Oberrheingraben gibt es aber auch im Norddeutschen Becken genügend hydrothermale Tiefen-Reservoire, aus denen wir Erdwärme wirtschaftlich nutzen können. Zwölf Geothermie-Anlagen werden derzeit neu gebaut, 82 weitere sind laut Bundesregierung in Planung. Die Umwelteffekte sind, so Behörden und Experten, lokal begrenzt und technisch beherrschbar. Mit einer neuartigen Technologie, gefördert durch die Europäische Investitionsbank, soll die Nutzung von Geothermie zukünftig auch dort möglich sein, wo es im Boden nicht ausreichend heißes Tiefenwasser gibt – der entscheidende Faktor für die Wirtschaftlichkeit von Tiefengeothermie-Vorhaben. Sie mindert das sogenannte Fündigkeitsrisiko, also die Unsicherheit, ob die Bohrung erfolgreich ist. An dieser Stelle setzt das Land Nordrhein-Westfalen einen starken Investitionsanreiz. Gemeinsam mit der NRW.BANK fördert das Land Projekte, mit denen Erdwärmequellen erschlossen werden und sichert das Risiko erfolgloser Bohrungen teilweise ab. Zusätzlich fördert es Vor- und Machbarkeitsstudien sowie seismische Messungen, mit denen sich das Erdwärme-Potenzial und die Wirtschaftlichkeit des Projektes früh abschätzen lassen. Die Energiebranche begrüßt diese verbesserte Absicherung in den Anfangsphasen der Investitionen.

Aber auch die oberflächennahe Geothermie bietet als Wärmequelle enorme Potentiale, um zu einer klimaneutralen Wärmeversorgung beizutragen, und muss daher stärker in den Fokus der kommunalen Wärmeplanung rücken. Ihr Potential ist in Deutschland fast genauso groß wie die Tiefen- und Mitteltiefe Geothermie zusammen, bei deutlich niedrigeren Investitionskosten sowie Umsetzungsrisiken.

## Förderprogramme von EU, Bund und Ländern für mehr Geothermie

Die meisten Förderprogramme für Erneuerbare Energien von EU, Bund und Ländern schließen Geothermie-Vorhaben grundsätzlich ein. Die Förderbanken stellen dabei einen bedeutenden Teil der Investitionsmittel für neue Anlagen bei kommunalen Stadtwerken oder privaten Initiatoren bereit. Neu ist die Förderung per Absicherung wie bei der NRW.BANK. Aber auch bewährte Förderinstrumente bieten hohe Anreize: Zum Beispiel vergibt das LFI Mecklenburg-Vorpommern bei Nutzung von Oberflächennaher Geothermie nicht rückzahlbare Zuschüsse in Höhe von bis zu 70 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. Die Sächsische Aufbaubank vergibt Darlehen bis zu fünf Millionen Euro für Investitionen in Geothermie-Wärmepumpen und gewährt dazu Tilgungszuschüsse von bis zu 10 Prozent der förderfähigen Ausgaben. Strom- und Wärmeerzeugung aus Geothermie ist somit eine finanzier- und bezahlbare Zukunftstechnologie, die gemeinsam mit anderen Erneuerbaren Energien eine umwelt- und klimafreundliche Alternative zur fossilen Energie darstellt. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern werden wir Geothermie-Initiativen sowie die Finanzierung des Ausbaus der Nah- und Fernwärmenetze auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene weiter unterstützen. So schlagen wir im Rahmen der „Initiative nachhaltige Infrastruktur Deutschland (INID)“ zusammen mit anderen Verbänden vor, ein föderales Kompetenznetzwerk für nachhaltige Infrastrukturfinanzierung einzurichten. Die Förderbanken spielen dabei eine aktive und koordinierende Rolle. So bündelt der VÖB verschiedene Aktivitäten gegenüber Regierungen, Behörden und Verbänden und fördert den Austausch unter den Geothermie-Akteuren – als einen Teil unseres Beitrags für das Gelingen der Energiewende. ■

Anmerkung: Dieser Beitrag ist erstmals am 6. Juli 2024 in der Börsen-Zeitung erschienen. Er erscheint hier in einer aktualisierten Fassung.

NORD/LB

# FÜR MEHR E-MOBILITÄT



Die NORD/LB ist seit vielen Jahren ein wichtiger Akteur im Kampf gegen den Klimawandel. Ihr Engagement erstreckt sich nicht nur auf die Finanzierung erneuerbarer Energien, sondern auch auf die Unterstützung ihrer Kunden bei der Transformation ihrer Geschäftsmodelle. Ein besonders zukunftsweisendes Projekt ist die Finanzierung von mehr als 300 Ladepunkten für Elektrofahrzeuge in 99 Schnellladeparks entlang deutscher Autobahnen.

Im Rahmen dieses Projekts hat die Autobahn GmbH des Bundes das Konsortium „Autostrom“ mit dem Bau und Betrieb neuer Schnellladeparks beauftragt. Diese Ladeparks entstehen auf bislang unbewirtschafteten Raststätten, unter anderem an den stark frequentierten Autobahnen A2 und A4. Hier werden die neuesten High-Performance-Charger mit einer Leistung von 400 kW installiert. Sie ermöglichen es, ein Elektroauto in etwa 18 Minuten aufzuladen. Die Schnellladeparks sind damit nicht nur eine praktische, sondern auch eine technologisch hochentwickelte Lösung für die zunehmende Zahl von Elektrofahrzeugen auf den Straßen.

Die NORD/LB spielt eine zentrale Rolle bei der Strukturierung und Finanzierung dieses innovativen Vorhabens. „Dieses Projekt ist ein entscheidender Schritt für

die Umsetzung der Verkehrswende in Deutschland“, erklärt Tim Junghans, Leiter der Energiewirtschaft bei der NORD/LB. „Wir freuen uns sehr, als NORD/LB dieses bedeutende Vorhaben zu finanzieren und damit einen wichtigen Beitrag zur Transformation der Verkehrs- und Energiewende zu leisten.“

Die Schnellladeparks sind Teil des sogenannten „Deutschlandnetzes“, eines Projekts des Bundes, das eine flächendeckende und bedarfsgerechte Schnellladeinfrastruktur in Deutschland zum Ziel hat. Diese Infrastruktur ist entscheidend, um die Elektromobilität in Deutschland weiter voranzutreiben und die Energiewende im Verkehrssektor zu ermöglichen. Die ersten Ladeparks sollen bereits bis Ende 2026 in Betrieb genommen werden. ■

NBANK CAPITAL

# INVESTIERT IN ENERGIE- SPEICHER DER ZUKUNFT

Sonne und Wind liefern grüne Energie nicht immer, wenn man sie gerade braucht. Für eine stabile Energieversorgung sind daher leistungsfähige Stromspeicher nötig. Hier setzt die Geschäftsidee der VANEVO GmbH an. Das Oldenburger Unternehmen bietet mit Stacks und Modulen die Kernkomponenten für sogenannte Redox-Flow-Batterien an. Diese Technologie ist perfekt geeignet für die stationäre Speicherung von Strom. Sie ist nicht brennbar und gut zu recyceln. Außerdem haben sie eine deutlich längere Lebensdauer. Der Haken: Noch sind die Investitionskosten sehr hoch.



Das ist die Schraube, an der VANEVO mit seinem patentierten Herstellungsverfahren dreht. Die Kernkomponente für die Redox-Flow-Batterie wird in nur einem Schritt abgedichtet – anstatt wie üblich mit 160 Dichtungen. Dadurch kann sie deutlich einfacher, schneller und aus weniger Teilen produziert werden und wird so günstiger. Wie vielversprechend diese Technologie ist, zeigt nicht zuletzt die Aufnahme von VANEVO in das Accelerator-Programm des European Innovation Council. Dies ist eines der wichtigsten europäischen Innovationsprogramme, das dazu dient, bahnbrechende Technologien zu entwickeln und zu verbreiten.

Auch die NBank Capital hat 2020 als Seedinvestor in das junge Unternehmen investiert, Anfang 2024 konnte VANEVO weitere Investoren, darunter zwei Branchenspezialisten, für sich gewinnen. „In Großbritannien, Kanada oder Australien sind Energiespeicher bereits Teil der Ausschreibungen mittlerer und großer Projekte. Der Markt wächst stark. Batteriespeicher sind das

Geschäft der Zukunft. Wir werden den Wachstumskurs des niedersächsischen Innovationsführers weiter tatkräftig unterstützen“, so Marc Löffler, zuständiger Beteiligungsmanager.

Zurzeit arbeitet das Unternehmen am Vertrieb seiner Zellen und Module. Die Firma liefert an Testkunden wie Elektrolyt- und Batteriehersteller. „Die Rückkopplung unserer Kunden ist bisher durchweg positiv, alleine weil eine ganz andere Kostenstruktur als bei anderen Anbietern dahintersteckt“, so Unternehmensgründer Dr. Jan grosse Austing. Er ist überzeugt davon, dass seine Entwicklung Fuß fassen wird. „Gerade Gewerbe- und Industrieunternehmen haben erkannt, dass Batteriespeicher mit großer und leicht skalierbarer Kapazität ein unverzichtbarer Bestandteil bei der Versorgung mit erneuerbaren Energien sind. So lassen sich auch nachts Kühlstrecken, Maschinen, Beleuchtungen und andere Verbraucher mit sauberem – tagsüber gewonnenem – Strom betreiben und der Eigenverbrauch großer Photovoltaik-Anlagen maximieren.“ ■

# KOMMUNALE WÄRMEPLANUNG

# TAB-KOMMUNALMONITOR



Rathaus der Thüringer Kreisstadt Arnstadt (Foto: TAB)

Wie die Thüringer Aufbaubank (TAB) die kommunale Wärmeplanung fördert.

Kommunale Wärmenetze sind entscheidend für eine nachhaltige Wärmeversorgung. Sie ermöglichen den Einsatz erneuerbarer Energien und die effiziente Nutzung von Abwärme, was zu einer deutlichen Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen beiträgt. Den Kommunen kommt damit eine Schlüsselrolle in der Wärmewende zu. Als strategisches Instrument dient dabei die Kommunale Wärmeplanung (KWP). Mit ihr sollen die Kommunen selbstbestimmt die Grundlage für eine langfristig sichere Wärmeversorgung schaffen und Planungssicherheit für Unternehmen sowie für Hauseigentümer geben. Gemäß Wärmeplanungsgesetz müssen alle Kommunen bis spätestens 2028 eine kommunale Wärmeplanung vorlegen.

Förderbanken leisten bereits heute wertvolle Unterstützung bei der kommunalen Wärmeplanung. Sie stellen nicht nur zinsgünstige Darlehen und Zuschüsse bereit, sondern auch fundierte Beratung und technisches Know-how. Damit helfen sie, Projekte effizient zu planen, finanzielle Engpässe zu überwinden und langfristige Investitionen in kommunale Wärmenetze

zu sichern. Ihre Rolle reicht von der Unterstützung bei der Antragstellung bis zur Begleitung der Umsetzung, wodurch sie innovative und nachhaltige Projekte häufig erst ermöglichen.

Ein Beispiel hierfür ist die Thüringer Aufbaubank, die einmal jährlich den „Kommunalmonitor“ erstellt. In der diesjährigen Umfrage wurden die Kommunen nach dem Stand und den Herausforderungen bei der Wärmeplanung befragt. Ein Viertel der Kommunen hat schon mit der Wärmeplanung begonnen. Zu den Herausforderungen zählen das nicht vorhandene bzw. anderweitig ausgelastete Personal, die Finanzierung der Wärmeplanung sowie die vielen laufenden Themen, die durch die Kommunen abgearbeitet sind. Da insbesondere die Finanzierung der Umsetzung der Wärmeplanung zu einer großen Herausforderung für alle Beteiligten wird, engagiert sich die TAB für entsprechende Lösungsansätze und will so aktiv zur Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderung der Energiewende beitragen. ■

# „WIR SIND ALLE ÜBERZEUGUNGSTÄTER“

Was die CibusCell Technology GmbH aus Speyer mit Florenz zu tun hat, wie sie grünen Wasserstoff nach Los Angeles bringt und wie die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) sie dabei unterstützt.



Die CibusCell Technology GmbH aus Speyer hat sich auf die Optimierung der Wasserstoff-Logistik spezialisiert und wird dabei von der Innovationsförderung ISB durch das InnoTop-Programm unterstützt. Dieses Programm fördert die Entwicklung zukunftsweisender Technologien, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung. Das Unternehmen entwickelt eine Software-as-a-Service-Lösung, die die effiziente Nutzung von grünem Wasserstoff organisiert. Hierfür werden Stromerzeuger wie Wind- und Solaranlagen, Speicherbetreiber, Energieversorger und Abnehmer miteinander vernetzt, sodass die Energie bedarfsgerecht verteilt und genutzt werden kann.

„Wir in Deutschland haben genug erneuerbare Energie, die Frage ist, wie wir Überschüsse speichern und transportieren“, erklärt Gründer Marcus Rübsam. Die Software analysiert verschiedene Parameter wie Wetterprognosen und Strompreise, um den Wasserstoff zu günstigen Zeiten zu produzieren und bedarfsgerecht bereitzustellen. So kann beispielsweise ein Unternehmen seine Wasserstofftankstelle effizient mit Windkraft beliefern und Kosten sparen.

Die Gründungsidee entstand bei einer Wanderung von Florenz nach Rom, als Rübsam und Mitgründer Armin Schwarz nach einer sinnstiftenden Arbeit suchten. Nach Gesprächen über Wasserstoff-Technologien entschieden sie sich für ein eigenes Start-up mit Fokus auf nachhaltige Lösungen. „Wir sind alle Überzeugungstäter“, erklärt Rübsam in diesem Zusammenhang. Mittlerweile ist die Dienstleistung international gefragt, etwa bei einem Projekt in den USA, wo überschüssige Energie in Wasserstoff umgewandelt und nach Los Angeles transportiert wird.

Rübsam sieht grünen Wasserstoff als zukunftsweisend: „Dezentrale Versorgung macht Industrieunternehmen unabhängiger von Strompreisen und Lieferketten.“ Mit einer nachhaltigen Technologie im Fokus konnte CibusCell qualifizierte Talente gewinnen, denn „junge Menschen achten bei der Berufswahl auf Nachhaltigkeit“. Für Rübsam ist klar: Grüner Wasserstoff ist der einzige Weg. ■

EINIGUNG IN MAINZ:

# GEHÄLTER IN ÖFFENTLICHEN BANKEN STEIGEN UM INSGESAMT 11,5 PROZENT

Beim dritten Verhandlungstermin kam es zur Einigung. Am 10. Oktober haben sich Arbeitgeber und die Gewerkschaften ver.di und DBV in Mainz auf einen neuen Gehaltstarifvertrag für die öffentlichen Banken verständigt. Für die Tarifangestellten wurden folgende Gehaltssteigerungen vereinbart:

- 6 Prozent ab 01.11.2024
- 2,8 Prozent ab 01.11.2025
- 2,7 Prozent ab 01.11.2026
- Laufzeit 32 Monate

Das Gehaltsplus für den Tarifbereich beläuft sich damit auf insgesamt 11,5 Prozent.

Zugleich steigen auch die Vergütungen für die Nachwuchskräfte (Azubis und dual Studierende) deutlich:

- 200 Euro ab 01.11.2024
- 150 Euro ab 01.11.2025

Mit den Erhöhungen von insgesamt 350 Euro erreicht die Vergütung für die Nachwuchskräfte das höchste Niveau in der Kreditwirtschaft. Mittlerweile wurde das Verhandlungsergebnis von den ver.di-Mitgliedern per Abstimmung mit sehr großer Mehrheit angenommen.

Die Sozialpartner haben sich außerdem darauf verständigt, nach der Tarifrunde zügig in zielorientierte Gespräche zu diesen Themen einzutreten:

- eine Tarifentgeltreform
- die Lebensphasen-orientierte Gestaltung der Arbeitszeit
- die Förderung und Stärkung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung durch eigenes Engagement am Arbeitsplatz.



**Gunar Feth,**  
**Stv. Vorstandsvorsitzender der SaarLB, Verhandlungsführer für die öffentlichen Banken:**

„Mit diesem Abschluss sind wir unserer Verantwortung als Sozialpartner gerecht geworden. Gerade die erste Sockelerhöhung in Höhe von sechs Prozent zum 1. November 2024 ist als spürbare Gehaltserhöhung auch eine Anerkennung für die Arbeit unserer mehr als 60.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Mit diesem Ergebnis im Rücken werden wir mit beiden Gewerkschaften in Gespräche darüber eintreten, wie wir den Weg in eine moderne und digitale Arbeitswelt gestalten können. Dabei muss meiner Überzeugung nach auch dringend über die Reform der Entgeltstruktur gesprochen werden.“



**Dominik Lamminger,**  
**Mitglied der Geschäftsführung, VÖB**

„Das Verhandlungsergebnis trägt wesentlich dazu bei, dass die öffentlichen Banken attraktive Arbeitgeber bleiben – über die gesamte Berufslaufbahn vom Karrierestart an. Mit der Einigung erreicht die Vergütung für Azubis und dual Studierende das Spitzenniveau in der Kreditwirtschaft. Damit stellen wir sicher, dass unsere Mitgliedsinstitute auch für Nachwuchskräfte besonders attraktiv sind. Der Abschluss gibt unseren Beschäftigten zudem Planungssicherheit. Sie wissen nun, wie sich ihre Gehälter in den nächsten knapp drei Jahren entwickeln.“



**Jan Duscheck,**  
**Verhandlungsführer ver.di**

„Es hat lange gedauert, aber unser gemeinsames Engagement auf beiden Seiten hat sich gelohnt: Insgesamt 11,5 Prozent mehr Gehalt bedeuten eine spürbare Entlastung für die Beschäftigten bei den öffentlichen Banken. Zudem haben wir einen Einstieg in wichtige Zukunftsthemen geschafft: Mit der Wiederaufnahme der Verhandlungen für eine moderne Entgeltstruktur und der Verhandlungsverpflichtung für eine moderne Arbeitszeitgestaltung haben wir die Weichen für das kommende Jahr nun richtig gestellt.“



**Stephan Szukalski,**  
**Verhandlungsführer DBV**

„Das Gesamtergebnis lässt sich sehen und schafft die Kaufkraftverluste der letzten Jahre weitgehend aus der Welt. Die vergleichsweise lange Laufzeit wurde uns durch einen ordentlichen Aufschlag gegenüber anderen Abschlüssen des Jahres ausgeglichen. Wir wollen die gewonnene Zeit zu einem neuen Anlauf nutzen, um gemeinsam mit dem VÖB das in die Jahre gekommene Eingruppierungssystem zu reformieren und zukunftsfest zu machen. Dies ist auch dringend notwendig, wird aber sicherlich nicht einfach werden.“

# DER ABSCHLUSS IM ÜBERBLICK

6%

+200€  
für Nachwuchs-  
kräfte

Laufzeit 32 Monate

01.11.2024



2,8%

+150€  
für Nachwuchs-  
kräfte

2,7%

01.11.2025

01.11.2026



Bei der dritten Verhandlungsrunde in Mainz konnte eine Einigung erzielt werden.

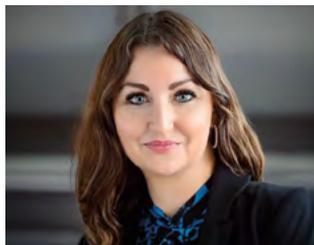
## Redaktion



**Dr. Thomas Klodt**  
Leiter Presse und  
Kommunikation  
Pressesprecher



**Sandra Malter-Sander**  
Stv. Leiterin Presse und  
Kommunikation  
Pressesprecherin



**Bianca Blywis-Bösendorfer**  
Pressesprecherin

## Der VÖB auf Social Media



LinkedIn:  
@Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands/  
Association of German Public Banks



YouTube:  
@Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands

Möchten Sie Print-Exemplare der Ausgabe bestellen?  
Schreiben Sie gern eine E-Mail an [gemeinsamgestalten@voeb.de](mailto:gemeinsamgestalten@voeb.de).

---

## Impressum



Herausgeber:  
Bundesverband Öffentlicher Banken  
Deutschlands, VÖB, Lennéstraße 11, 10785 Berlin

Verantwortlich: Dr. Thomas Klodt  
Redaktion und Texte: Team Presse  
und Kommunikation  
Produktion: VÖB-Service GmbH, Janet Eicher

Fotos: Janko Woltersmann [S. 1, 8, 10, 11], KfW [S. 13],  
H. Anger's Söhne [S. 19], Drees & Sommer [S. 20], NBank  
[S. 21], TAB [S. 22], Peter Himself [S. 4-5, 24-27]  
Adobe Stock: fascinadora [S. 6/7], Caleb, MG-Stockfotos  
[S. 15], bulentcamci [S. 16], Vanitjan [S. 23]

Design: DieFarbeBlau  
Druck: Distler Druck & Medien GmbH, Zirndorf

